

Deutsche Uhrmacher-Zeitung



Bezugspreis

für Deutschland und Osterreich-Ungarn von der Geschäftsstelle bezogen bei portofreier Einsendung vierteljährlich 3,- Mark, jährlich 11,70 Mark voranzahlbar. Bestellungen nimmt ferner jede Postanstalt oder Buchhandlung zum Preise von 2,75 Mark vierteljährlich entgegen. — Bezugspreis fürs Ausland jährlich 13,- Mark voranzahlbar

Postcheck-Konto: 2581 Berlin

Bank-Konto: Disconto-Gesellschaft, Deposit.-Kasse Berlin, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Amt Moritzplatz 12396 bis 12399



Preise der Anzeigen

Die viergespaltene kleine Zeile oder deren Raum für Geschäfts- und vermischte Anzeigen 60 Pfg., für Stellen-Angebote und -Gesuche die Zeile 50 Pfg. Die ganze Seite (400 Zeilen zu je 60 Pfg.) wird mit 200 Mark berechnet

Die Deutsche Uhrmacher-Zeitung erscheint an jedem Donnerstag wechselweise in Voll- und Zwischennummern. Die einzelne Vollnummer kostet 35 Pfg., die Zwischennummer 15 Pfg. Probenummern auf Verlangen kostenfrei

Kriegsaufschlag 20% auf vorstehende Preise

Organ des Deutschen Uhrmacher-Bundes (E. V.)

Herausgegeben von Wilhelm Schultz, Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8

XLII. Jahrgang

Berlin, 28. November 1918

Nummer 48

Alle Rechte für sämtliche Artikel und Abbildungen vorbehalten

Deutscher Uhrmacher-Bund

Die Sammlung des Bürgertumes. Politik und Religion, diese beiden Gebiete sind wohl mit Recht bisher in allen Vereinigungen, die nicht ausschließlich politische und religiöse Zwecke verfolgten, fern gehalten worden. Soweit die Politik dabei in Frage kommt, hat sich dieser Grundsatz niemals streng durchführen lassen; denn ein Fachverein, der seinen Mitgliedern Vorteile bieten wollte, mußte unter allen Umständen Wirtschaftspolitik treiben. Der Umschwung der Verhältnisse hat es nun aber mit sich gebracht, daß darin, für die nächste Zeit wenigstens, eine wesentliche Änderung eintreten wird.

Staatspolitik und Wirtschaftspolitik sind durch den großen Umschwung derart miteinander verknüpft worden, daß eine Scheidung dieser beiden Gebiete nicht mehr möglich ist. Denn heute ist Staatspolitik zugleich Wirtschaftspolitik geworden.

Es handelt sich nicht mehr um die Regelung von Fragen untergeordneter Bedeutung. Meinungsverschiedenheiten über Gegenstände, die früher vielleicht einen starken Kampf der vielen Parteien untereinander hervorgerufen haben würden, bleiben, da es um Größeres geht, als nebensächlich unbeachtet.

Die Zahl der Parteien im Deutschen Reiche wird sich, hoffentlich nicht zum Schaden der Gesamtheit, wesentlich verringern. Zur Zeit hat es den Anschein, daß wir, von kleinen Untergruppen abgesehen, nur mit drei großen Gruppen zu rechnen haben. Die eine Gruppe bildet die frühere äußerste Linke, die zweite Gruppe ist die Sozialdemokratie und die dritte Gruppe die Demokratie. Während die beiden erstgenannten Gruppen zur Zeit die Gewalt in Händen haben, versucht es die frühere äußerste Linke, diese Macht sich allein zu erhalten und der ihr gegenüberstehenden Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen. Um dieses Ziel leichter erreichen zu können, widerseht sie sich der Einberufung einer Nationalversammlung, deren Erwählte die Geschicke Deutschlands lenken sollen.

Die ebenfalls sehr starke Partei der Sozialdemokratie ist ihrem früheren Programm treu geblieben und tritt für die Einberufung einer Nationalversammlung mit Nachdruck ein. Sie zeigt

damit, daß sie, trotzdem sie zur Macht gelangt ist, weiter bestrebt ist, die Ideale ihres Programmes aufrecht zu erhalten.

Die früheren Mittelparteien und die frühere Rechte haben sich, soweit bis jetzt erkennbar ist, allgemein auf den Boden der vollzogenen Tatsachen gestellt und sind gewillt, unter Anerkennung der neuen deutschen Staatsform weiter ihre Kraft zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im Deutschen Reiche zur Verfügung zu stellen. Sie verzichten auf jeglichen Versuch, die früheren Machtverhältnisse wieder aufzurichten, fordern aber mit Nachdruck die Einberufung der Nationalversammlung auf Grund eines demokratischen Proportional-Wahlrechtes.

Auch der Deutsche Uhrmacher-Bund ist von dem Bürgerrat für Groß-Berlin zur Entsendung von Delegierten zu einer Sitzung des Bürgerrates aufgefordert worden und hat diesem Rufe Folge geleistet in der festen Überzeugung, daß die Mitglieder des Deutschen Uhrmacher-Bundes unter den obwaltenden Verhältnissen die Beschäftigung auch mit wirtschaftspolitischen Fragen als wichtige Aufgabe des Bundes ansehen werden. Über die künftig einzunehmende Stellung wird in einer in diesen Tagen stattfindenden Vorstandssitzung Beschluß gefaßt werden, und wir möchten schon heute die Herren Vereinsvorstände um Rückäußerung darüber bitten, wie sie sich zur Neugestaltung der Dinge stellen, und ob sie insonderheit eine erweiterte wirtschaftspolitische Befähigung des Deutschen Uhrmacher-Bundes für geboten erachten. Die Richtung, die der Deutsche Uhrmacher-Bund dabei einzuschlagen gedenkt, wird diejenige sein, die die größte Sicherheit für Aufrechterhaltung geordneter Zustände bietet.

Benzinkannen-Rücksendung. Diejenigen Kollegen, die entgegen der Bekanntmachung die leeren Benzinkannen mit Nachnahme belastet an das Benzinwerk zurückgesandt haben und nunmehr die Mittheilung erhielten, daß die Annahme der Kannen verweigert worden ist, wollen den in der Benachrichtigung genannten Spediteur ermächtigen, die Kannen ohne Nachnahme dem Benzinwerk auszuhändigen. Die Pfandbeträge werden nach Feststellung der Höhe des Pfandes ausbezahlt.

Mit Bundesgruß

Die Geschäftsstelle des Deutschen Uhrmacher-Bundes
Wilh. Schultz